

Synoden*Beschluss*

zur Vorlage 1.2.1 | 3. Tagung der 17. Synode der EKvW in Bielefeld, 17. bis 20. November 2014

Kein Freihandel um jeden Preis

Die Landessynode der EKvW unterstützt den Beschluss der Synode der EKD vom 11. November 2014 sowie die Stellungnahme des Bundesvorstandes des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt vom 4. November 2014 zum geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA.

Die Landessynode teilt die Sorge

- dass durch die beiden transatlantischen Freihandelsabkommen CETA und TTIP Verfassungsrechte, Arbeitsplätze und ökologische, soziale, gesundheitliche und juristische Standards gefährdet werden,
- dass zentrale Mechanismen des Rechtsstaates außer Kraft gesetzt werden sowie staatliches Handeln beschränkt wird,
- dass die Abkommen negative Auswirkungen auf Entwicklungs- und Schwellenländer haben werden.

Die Landessynode fordert

- die Verhandlungen transparent und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu führen,
- die Klagemöglichkeit für Unternehmen im Rahmen des Investitionsschutzes in einem Abkommen zwischen EU und USA bzw. Kanada grundsätzlich auf die jeweiligen öffentlichen Gerichtsbarkeiten zu beschränken und das Prinzip der Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren zu wahren,
- die Absenkung nationaler und europäischer Gesundheits-, Verbraucherschutz-, Sozial-, Datenschutz- und Umweltstandards sowie von Arbeitnehmer_innenrechten nicht zuzulassen,
- negative Auswirkungen auf Entwicklungs- und Schwellenländer zu verhindern,
- zu gewährleisten, dass auch zukünftig nationale Parlamente ihre Aufgabe als demokratisch legitimierte Gesetzgeber wahrnehmen und Entscheidungen zum Schutze und zur

Förderung des Allgemeinwohls treffen können sowie bestehende Gesetze nicht ausgehöhlt werden,

- das hohe Gut der öffentlich geförderten Daseinsvorsorge zu bewahren,
- das Subsidiaritätsprinzip im Bereich der sozialen Dienstleistungen zu erhalten.

Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, Landtags-, Bundestags- und Europaparlamentsabgeordnete aus Westfalen sowie die Landesregierung Nordrhein-Westfalen aufzufordern, sich in diesem Sinne einzusetzen.

Sie bittet die Partnerkirchen in Europa und der UCC, mit uns Position zu TTIP und CETA zu beziehen und diese öffentlich zu diskutieren.

Sie empfiehlt allen Kirchengemeinden und Kirchenkreisen der EKvW, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

(Informationen und Unterstützung bei Veranstaltungen können im Amt für MÖWe sowie im Institut für Kirche und Gesellschaft abgerufen werden).

Bielefeld, den 20. November 2014

Evangelische Kirche von Westfalen